

Rote-Khmer-Tribunal: Wann kommt der Tag der Befreiung?

Welche Bedenken halten die Regierung von einer Verurteilung der Roten Khmer ab?

von Raimund Weiß

Am 7. Januar feierte Kambodscha den Tag der Befreiung vom Pol-Pot-Regime. Damals, im Jahr 1979, beendete eine kambodschanische Widerstandsallianz mit Unterstützung Vietnams die Schreckensherrschaft der Roten Khmer, unter welcher in nur drei Jahren mehr als 1,5 Millionen Menschen ermordet wurden. Chea Sim, neben Premierminister Hun Sen der zweitmächtigste Mann der regierenden kambodschanischen Volkspartei (CPP) ließ bei einer Feier zu gegebenem Anlass verlauten: »Wir alle sprechen unseren tiefsten Respekt für die Seelen von Millionen unschuldiger Menschen aus, welche ihr Leben unter dem Genozid-Regime der Roten Khmer verloren haben. (...) Die Regierung Kambodschas spricht ihre volle Unterstützung (strongly support) für die Einrichtung eines Rote-Khmer-Tribunals aus.« Doch bisher ist es nur bei Lippenbekenntnissen der kambodschanischen Regierung geblieben.

Noch Anfang Dezember 2002 trat überraschend Nuon Chea, der Bruder Nummer Zwei — bekannt als Chefideologe der Roten Khmer und rechte Hand Pol Pots — an die Öffentlichkeit. Als Entlastungszeuge wurde er vor ein Gericht in Phnom Penh geladen, um den Mord an drei Touristen und 16 Kambodschanern angeklagten Rote Khmer-Kommandanten Sam Bith zu entlasten. Während Sam Bith zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, verließ Nuon Chea nach getaner Zeugenaussage den Gerichtssaal als freier Mann. Seine Mitverantwortung für den Mord an mehr als 1,5 Millionen Menschen war nicht Thema dieses Gerichts. Niemand protestierte gegen seinen Auftritt, niemand forderte seine Verhaftung. Bis heute hat die Regierung Kambodschas außer Nuon Chea keines der führenden Mitglieder der Roten Khmer wie Ieng Sary, den ehemaligen Außenminister, und Khieu Samphan, den ehemaligen Staatspräsidenten, für ihren Vö-

kermord vor ein Gericht gestellt. Lediglich ein Militärkommandeur namens Ta Mok, verantwortlich für den Massenmord an hunderttausend Menschen in der ehemaligen »Südwestzone« Kambodschas, und Duch, der Direktor von Tuol Sleng, dem größten Sicherheitsgefängnis der Roten Khmer, in dem 16.000 Menschen zu Tode gefoltert wurden, befinden sich derzeit in Untersuchungshaft.

Die Regierung Kambodschas betont indessen weiterhin, ein Tribunal zur Ahndung der Verbrechen der Roten Khmer einrichten zu wollen. Erste Lichtblicke bot dann auch die einstimmige Verabschiedung eines Gesetzeswerks zur Einrichtung eines »außerordentlichen Gerichtshofs zur Ahndung der Verbrechen der Roten Khmer« durch das kambodschanische Parlament am 10. August 2001. Doch das Gesetz existiert bis heute nur auf dem Papier.

Fehlt es am politischen Willen?

Fehlt es am politischen Willen oder welche Bedenken hält die

Regierung Kambodschas davon ab, eine Verurteilung der führenden Köpfe der Roten Khmer voranzutreiben? Offensichtlich ist, dass bis zum Jahr 1997 die Roten Khmer als militärischer Bedrohungsfaktor die Exekutivgewalt der Regierung Kambodschas in Frage gestellt haben und damit eine Ahndung der Verbrechen der Roten Khmer nicht möglich war. Doch die Sicherheitsbedenken gelten heute nicht mehr. Wir schreiben das Jahr 2003. »Die Roten Khmer verfügen weder über Finanzen, Organisation noch Militär, um einen neuen Bürgerkrieg zu entfachen«, kritisierte Dr. Kek Galabru, die Direktorin der größten Menschenrechtsorganisation Kambodschas bereits im Januar 2001.

Und der politische Wille? Seit 1997 führt die Regierung Kambodschas Verhandlungen mit den UN zur Einrichtung eines Khmer-Rouge-Tribunals. Mit der einstimmigen Verabschiedung der ersten Fassung des Gesetzeswerkes zur Einrichtung eines Rote-Khmer-Tribunals im Januar 2001 zeigte die Kooperation auch erste Erfolge. Doch der Verhandlungsverlauf kehrte sich bald ins Gegenteil. Die Regierung Kambodschas

Der Autor ist Magister der Philosophie im Bereich Politikwissenschaft. Zurzeit studiert er an der Royal University of Phnom Penh.

pochte auf ein Tribunal unter ihrer Rechtshoheit, auf Grundlage des vom kambodschanischen Parlament verabschiedeten Rote-Khmer-Tribunalgesetzes. Die UN dagegen forderten ein Tribunal unter ihrer Rechtshoheit in Form der Unterzeichnung eines »Memorandum of Understanding«, das dem Rote-Khmer-Tribunalgesetz vorgehen sollte.

Die UN kritisieren, dass laut des vorliegenden Tribunalgesetzes zu wenige ausländische Richter, Untersuchungsrichter und Staatsanwälte in das Tribunal eingebunden werden und damit die Unabhängigkeit und internationale Rechtmäßigkeit des Tribunals nicht garantiert werden kann. Kambodschas Regierung will das »Memorandum of Understanding« jedoch nur als technischen Kooperationsvertrag verstanden wissen, welches die Souveränitätsrechte des kambodschanischen Staates nicht berühren soll. Von den UN heftig kritisiert wird auch das Festhalten der Regierung Kambodschas an der Amnestie gegen eines der wichtigsten führenden Mitglieder der Roten Khmer, Ieng Sary, den damaligen Außenminister und Bruder Nummer Drei.

Ieng Sary wurde von König Norodom Sihanouk 1996 amnestiert, nachdem er mehr als zwei Drittel der Rote-Khmer-Streitkräfte auf Regierungsseite brachte. Das vorliegende Rote-Khmer-Tribunalgesetz sieht jedoch keine Revision einmal ausgesprochener Amnestien vor.

Ist das das Ende des Rote-Khmer-Tribunals?

Die Antagonismen in den Verhandlungen führten schließlich am 7. Februar 2002 zur Aufkündigung der Zusammenarbeit von Seiten der UN. Ein Rumoren ging durch die internationale Medienberichterstattung. Ist das das Ende des Rote-Khmer-Tribunals? Werden die Verbrechen der Roten Khmer endgültig dem Vergessen preisgegeben? Acht Monate des diplomatischen Ringens dauerte es, bis die UN schließlich an den Verhandlungstisch zurückkehrten. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen wurde aufgrund des Drucks von Seiten Frankreichs, Japans, Australiens und der USA wie auch zahlreicher asiatischer Staaten möglich. Auch die



Foto: R. Weiß

Der Platz am Befreiungdenkmal war leer.

Regierung Kambodschas signalisierte in den vergangenen Monaten, möglicherweise ihre kompromisslose Haltung bezüglich einer Reform des Tribunalgesetzes zurückzunehmen. Japan und Frankreich handelten schließlich mit der Regierung Kambodschas eine Resolution zur Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den UN aus. Diese wurde am 18. Dezember 2002 der UN-Generalversammlung vorgelegt und mit deutlicher Mehrheit angenommen. Die Rückkehr der UN an den Verhandlungstisch wird vom Koalitionspartner der CPP, der Königspartei *FUNCIPEC*, der Oppositionspartei Sam Rainsy und zahlreichen lokalen Menschenrechtsorganisationen begrüßt.

»Wenn wir die führenden Mitglieder der Roten Khmer vor ein Gericht stellen wollen, muss das Tribunalgesetz rechtlich einwandfrei sein und müssen die UN am Tribunal beteiligt werden«, betonte Prinz Norodom Vacharea (*FUNCIPEC*) gegenüber der kambodschanischen Tageszeitung »*Khmer Amatak*«. Am 6. Januar 2003 haben die Neuverhandlungen in New York begonnen. Eine Woche lang tagte Sok An als Repräsentant der Regierung Kambodschas und Vorsitzender der »*Khmer Rouge Tribunal Task Force*« mit Hans Corell, dem mit den Verhandlungen beauftragten Leiter des UN-Expertenteams zur Einrichtung eines Rote-Khmer-Tribunals. Beide sind keine unbekanntenen Größen. Hans Corell ließ am 7. Februar 2002 die Aufkündigung der Kooperation verlauten. Sok An dagegen betonte die Außerordent-

lichkeit des vom kambodschanischen Parlament verabschiedeten Gesetztexts und sprach den Wunsch aus, die UN mögen sich doch weiter an einem Tribunal auf Grundlage dieses Gesetzes unter kambodschanischer Rechtshoheit beteiligen.

Die UN haben sich für die Neuverhandlungen eine Frist gesetzt. Am 18. März 2003* müssen die Verhandlungsergebnisse der UN-Generalversammlung vorgelegt werden. Ob sich die UN und Kambodschas Regierung allerdings angesichts ihrer antagonistischen Verhandlungspositionen auf eine neue Kompromissformel einigen können, bleibt offen. Sok An ließ nach den ersten beiden Verhandlungstagen verlauten, dass »Fortschritte« in den Verhandlungen erzielt worden seien, ohne jedoch inhaltlich auf diese einzugehen. Im Februar sollen die Gespräche in Phnom Penh fortgesetzt werden. Beim Ortstermin vor dem in Phnom Penh errichteten Befreiungdenkmal, das den Opfern des Regimes gedenkt, war am Tag der Befreiung niemand anzutreffen. Lediglich die CPP feierte in ihrer Parteizentrale den Sieg über die Roten Khmer. Für die Opfer der Roten Khmer gab es indessen wenig zu feiern. Sie warten weiter auf das Rote-Khmer-Tribunal, den eigentlichen Tag der Befreiung.

Anmerkung

* Nachrichtenschluss dieser Ausgabe war der 14.3.2003.